



Schwerpunkt
Frühe Bildung

GUTE KITA VON FRÜH BIS SPÄT

BRAND
GRÜN
28·18

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



IM BRANDENBURGER LANDTAG



Wo was steht

Grünes Thema

Gute Kita von früh bis spät
S. 4

Kommunalreform

Nicht nur gut verwaltet
S. 12

Landgrabbing

(Kein) Land in Sicht?
S. 14

Grüne Grafik

Ökologischer Zustand unserer
Seen
S. 16

Radverkehr

Zeit, dass sich was dreht
S. 18

Energie

Viel Wind um Windkraft
S. 20

Massentierhaltung

Brandenburg. Es kann zu einfach
sein
S. 22

Grün im Gespräch

mit der Europaabgeordneten
Ska Keller
S. 24

Landwirtschaft

Wo Bio draufsteht,
muss auch Bio drin sein!
S. 26

Grünes Gericht

Blaubeer-Eierkuchen
S. 27

Grüne Termine

S. 28

Das letzte Wort hat ...

S. 30

Liebe Leserin, lieber Leser!

in Kitas werden die entscheidenden Weichen für den weiteren Bildungsweg von Kindern gestellt. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass Kinder in diesen ersten Jahren gut betreut sind. Wir begrüßen den Einstieg in die Kitabeitragsfreiheit, sehen aber an anderen Stellen noch viel Verbesserungsbedarf: Die Finanzierung und die personelle Ausstattung der Kitas müssen endlich dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Brandenburg darf nicht mehr länger zu den Schlusslichtern beim Kita-Personalschlüssel gehören. Denn darunter leidet die Qualität. Unseren Vorstellungen und Ideen für die Zukunft der Kindertagesstätten widmen wir dieses Heft.

Unsere Fraktionszeitung hat aber noch mehr im Gepäck: Wir sehen uns genauer an, wie es um den Radverkehr in Brandenburg steht und wie schwierig es ist, den notwendigen Ausbau der Windenergie menschen- und umweltverträglich zu gestalten. Wir wollen wissen, warum der Massentierhaltung hierzulande immer noch der rote Teppich ausgerollt wird. Landgrabbing ist ebenso Thema dieser Ausgabe wie die Diskussion um Änderungen in der Kommunalverfassung.

Wir wünschen Ihnen und Euch wie immer viel Freude mit unserer neuen brandGRÜN.



Ihre Ursula Nonnemacher



Ihr Axel Vogel

PS: Das Aktuellste zu unserer politischen Arbeit immer unter facebook.com/GrueneLandtagBB und twitter.com/GrueneLTBB

GRÜNES THEMA

GUTE KITA VON FRÜH BIS SPÄT



„Wir begrüßen den Einstieg in die Beitragsfreiheit, denn Kitas sind Bildungseinrichtungen und sollten kostenlos angeboten werden. Wir wollen aber gleichzeitig, dass die Finanzierung und die personelle Ausstattung der Kitas endlich dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Denn trotz der kleinteiligen Bemühungen der Landesregierung zur Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung gehört Brandenburg im Bundesvergleich seit Jahren zu den Schlusslichtern beim Kita-Personalschlüssel.“

Marie Luise von Halem, bildungspolitische Sprecherin



UNSER PLAN FÜR BESSERE KITAS



Es ist schon paradox: Seit vielen Jahren müht sich die SPD-geführte Landesregierung darum, die Qualität in der Kindertagesbetreuung zu verbessern. Und doch zeigt sich bei jedem neuen Ländervergleich: Brandenburg kommt von den hinteren Rängen beim Betreuungsschlüssel nicht weg. Mit einem Personalschlüssel von einer Betreuungsperson auf elf Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren und einer auf fünf bei Kindern unter drei Jahren bewegt sich Brandenburg im letzten Drittel im Bundesvergleich. Bei der Betreuungsquote sind wir dagegen traditionell spitze.

Aber Kitas sind Bildungseinrichtungen. Hier werden die entscheidenden Weichen für den weiteren Bildungsweg von Kindern gestellt. Es kann also nicht nur darum gehen, dass möglichst viele Kinder Kitas besuchen; die Einrichtungen müssen ihrem Bildungsauftrag auch gerecht werden können. Die hohe Betreuungsquote als Grund für die großen Gruppen und damit mangelnde Qualität anzuführen, lassen wir nicht gelten. Das ist etwa so, als würde ein Internist bei der Blinddarmoperation Qualitätsmängel damit rechtfertigen, dass diese Operationen so häufig durchgeführt werden. Hier muss Brandenburg noch deutlich mehr investieren.

Aus dem öffentlichen Bildungsauftrag von Kitas ergibt sich folgerichtig auch, dass sie elternbeitragsfrei werden müssen. Dass Eltern für die Bildung ihrer Kinder in diesen ersten, wichtigen Jahren Geld bezahlen müssen, für die Schule aber nicht, ist nur aus der Historie heraus zu erklären: aus den Zeiten, als man noch nicht erkannt hatte, wie wichtig diese Jahre für die Entwicklung von Kindern sind. Deswegen haben wir den Einstieg in die Beitragsfreiheit für das letzte Kitajahr zum 1. August ausdrücklich unterstützt. Unser gemeinsam mit der CDU

gestellter Antrag, endlich auch eine dritte Betreuungsumfangsstufe für mehr als 7,5 Stunden landesfinanziert einzuführen, wurde dagegen von SPD und Linken abgelehnt (siehe umseitiger Artikel).

Unsere Fraktion will mehr Qualität in Kitas mit längeren, landesfinanzierten Betreuungszeiten und mit der Beitragsfreiheit verbinden. Das wird mehr als eine Verdoppelung der jährlichen Landesausgaben von jetzt rund 440 Mio. Euro erfordern und nur schrittweise erfüllbar sein. Deswegen fordern wir von der Landesregierung seit Jahren einen Stufenplan, der darlegt, wie diese Ziele innerhalb eines Jahrzehnts erreicht werden können. Wir messen die Landesregierung dabei an ihren eigenen Aussagen: Ministerpräsident Woidke will Brandenburg in puncto Kinder- und Familienfreundlichkeit zum bundesweiten Vorreiter machen. Zielmarge ist demnach ein Betreuungsschlüssel von 1:8 bei den über Dreijährigen und von 1:3 bei den unter Dreijährigen bei kompletter Beitragsfreiheit. Damit dies nicht nur leere Versprechen bleiben, fordern wir im nächsten Doppelhaushalt und in der Finanzplanung konkrete Schritte auf dem Weg dorthin.



Weitere Informationen zu unserem Engagement für gute Bildung immer ganz aktuell hier: gruenlink.de/1gbm

BETREUUNGSUMFANG AUSWEITEN JETZT!



Trillerpfeifenkonzert und Rassellärm, bunte Transparente – der Platz vor dem Potsdamer Landtag gefüllt mit rund tausend Kindern, Eltern und ErzieherInnen, die vernehmlich Druck machten für bessere Kita-Qualität. So hatte sich die rot-rote Koalition den Tag der Abstimmung für den Einstieg in die Kitabeitragsfreiheit am 30. Mai sicher nicht vorgestellt. Konkretes Ziel dieser Kita-Demo war die Einführung einer landesfinanzierten dritten Betreuungsumfangsstufe in Kitas. Damit soll gewährleistet werden, dass Kinder länger als 7,5 Stunden in Kitas gut betreut werden können. Unsere Fraktion stellte gemeinsam mit der CDU einen entsprechenden Änderungsantrag zum Kitagesetz im Plenum an diesem Tag. Es war bereits unser siebter Plenarantrag zu diesem Thema in dieser Legislaturperiode. Sie wurden alle von Rot-Rot abgelehnt.

Unser Antrag sah die Einführung der dritten Betreuungsumfangsstufe für Kinder unter drei Jahren ab dem 1.2.2019 und für jene über drei Jahren ab dem 1.2.2020 vor. Die Mehrkosten dafür sollten vom Land übernommen werden. Schon jetzt verbringt ein Drittel aller Kinder acht Stunden und mehr am Tag in der Kita. Bisher finanzieren manche Kommunen den daraus resultierenden Mehrbedarf im Alleingang. Viele andere sind dazu allerdings finanziell nicht in der Lage. Wir wollen aber eine Gleichbehandlung für alle Kinder in Brandenburg.

Im Vorfeld der Abstimmung war die Koalition mächtig unter Druck geraten: Der Kitaträger Fröbel hatte eine Selbstanzeige bei der Kita-aufsicht eingereicht, weil er unter den bestehenden Bedingungen



Kita-Demonstration vor dem Brandenburger Landtag

keine ausreichende Betreuungsqualität mehr gewährleistet sah. Er kündigte auch an, deswegen keine Neuverträge mit mehr als 7,5 Stunden mehr abschließen zu wollen. Aufgebrachte Eltern beklagten sich bei den Abgeordneten zu Recht darüber, dass die gesetzlichen Betreuungszeiten nicht mit ihrem Berufsalltag in Vollzeit und langen Anfahrtswegen in Einklang zu bringen seien. Offensichtlich war der politische und öffentliche Druck so groß geworden, dass KoalitionsvertreterInnen den Demonstrierenden vor dem Landtag versprochen, noch in dieser Legislaturperiode eine Verbesserung bezüglich der gesetzlichen Betreuungszeiten angehen zu wollen.

Die nächste Gelegenheit dazu ist bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen. Wir werden erneut die Forderung stellen, die Finanzierung und die personelle Ausstattung der Kitas endlich dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Dann wird sich zeigen, ob die Koalition Wort hält.

KITA VON GRUND AUF NEU DENKEN



Kindertagesstätten als wichtige Einrichtungen der frühkindlichen Bildung brauchen eine gute gesetzliche Grundlage. Doch das Brandenburger Kitagesetz hat viele Schwächen. Diese grundsätzlich anzugehen, ist überfällig. Der Reformbedarf geht weit über Fragen von Beitragsfreiheit und Betreuungsumfang hinaus. Unsere Fraktion fordert umgehend einen umfassenden Beteiligungsprozess von Eltern, Kitaträgern, ExpertInnen, Kommunen, Landesverwaltung und Landtag, damit zügig nach den Landtagswahlen 2019 eine große Kitagesetzreform beschlossen werden kann.



Die Herausforderungen sind enorm: Wir müssen die Versorgung mit Kitaplätzen im bevölkerungsreichen berlinnahen Speckgürtel ebenso sicherstellen wie in den ländlichen Gebieten. Kitas müssen auf neue Arbeitszeitmodelle der Eltern mit flexiblen Betreuungszeiten und Verträgen reagieren können. Längere Öffnungszeiten dürfen nicht zu Lasten der Qualität gehen. Wir wollen den Betreuungsschlüssel deutlich verbessern und auch in den Randzeiten gewährleisten.

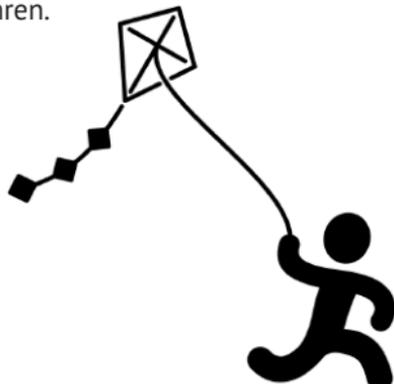
Wir fordern, den Bildungsauftrag von Kindertagesstätten stärker im Gesetz zu verankern. Kitas und Horte sollen inklusive Orte werden, in denen Kinder gleich welcher Herkunft, mit und ohne Behinderungen, gleiche Chancen erhalten. Wir wollen flächendeckend gezielte Sprachförderung, Musik- und Bewegungsangebote und gutes Essen, ohne dass Eltern dafür draufzahlen müssen. Ein umfassendes Qualitätsmonitoring,

Wir fordern, den Bildungsauftrag von Kindertagesstätten stärker im Gesetz zu verankern. Kitas und Horte sollen inklusive Orte werden, in denen Kinder gleich welcher Herkunft, mit und ohne Behinderungen, gleiche Chancen erhalten. Wir wollen flächendeckend gezielte Sprachförderung, Musik- und Bewegungsangebote und gutes Essen, ohne dass Eltern dafür draufzahlen müssen. Ein umfassendes Qualitätsmonitoring,

das auf unsere Initiative hin bereits beschlossen wurde, soll Kitas ermöglichen, ihre Qualität mithilfe von Fachberatung und Unterstützung zu verbessern. Dazu brauchen wir gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher mit einer höheren Bezahlung und eine Ausweitung der Freistellung von Kitaleitungen. SeiteneinsteigerInnen müssen gezielt fort- und weitergebildet werden.



In Brandenburg wehren sich Eltern zu Recht gegen regional sehr unterschiedlich hohe Elternbeiträge. In einigen Kommunen wurden Beitragssatzungen wegen fehlender Rechtmäßigkeit gerichtlich aufgehoben. Das neue Kitagesetz muss einen für alle Beteiligten leicht verständlichen und gerechten Rechts- und Finanzrahmen bieten. Auf dieser Basis soll die Elternbeitragsfreiheit schrittweise ausgeweitet werden, ohne Kommunen und Kitaträger zu belasten. Der bürokratische Aufwand muss für alle sinken. Das Land muss die wesentliche Finanzierung dieser Bildungseinrichtungen übernehmen. Das wird ein finanzieller Kraftakt, aber kein Euro im Bildungsverlauf ist so gut eingesetzt wie in den ersten Lebensjahren.



NICHT NUR GUT VERWALTET



Die Menschen in den Städten und Gemeinden unseres Landes wollen nicht nur einfach gut verwaltet werden. Wir erleben vor Ort ein wachsendes Bewusstsein der Brandenburgerinnen und Brandenburger für ihr direktes Lebensumfeld. Sie übernehmen Verantwortung in Vereinen und Initiativen, engagieren sich ehrenamtlich in Kitas und Schulen, Sportvereinen oder bei der Feuerwehr. Sie übernehmen zum Teil auch Aufgaben, von denen sich der Staat zurückgezogen hat oder die die Gemeinde nicht mehr finanzieren kann. Dieses Mehr an Verantwortung trifft immer noch auf enge und veraltete Regeln für politische Partizipation und Mitsprachemöglichkeiten jenseits der Mitarbeit in den politischen Gremien.

Aktuell diskutiert der Landtag über Veränderungen der Kommunalverfassung, um Hindernisse für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu beseitigen. Wir unterstützen Vorschläge der Koalitionsfraktionen, den Kostendeckungsvorschlag bei Bürgerbegehren durch eine qualifizierte Kostenschätzung zu vereinfachen und die Möglichkeit des Ausschlusses der Briefwahl bei Bürgerentscheiden zu streichen sowie die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit so zu ändern, dass diese zukünftig durch die Kommunalaufsicht erfolgt.

Aber die Koalition bleibt auf halbem Weg stehen, weshalb wir weitere eigene Vorschläge in die Diskussion eingebracht haben. Wir Bündnisgrünen haben uns seit vielen Jahren kontinuierlich und unmissverständlich für eine umfassende Reform der Kommunalverfassung ausgesprochen, die die bestehenden direktdemokratischen Mitwirkungsrechte auf Gemeindeebene und auch auf Ebene der Ortsteile erweitert. Wir wollen, dass beispielsweise auch die Aufstellung von Bebauungsplänen zum Gegenstand von Bürgerentscheiden werden kann.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass gruppenbezogene Belange vor Ort besser vertreten werden können. Dazu gehört die Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und der Behindertenbeauftragten, deren Stellung in der Kommunalverfassung derzeit noch zu schwach ist. Fragen der Gleichstellung sollten in allen Gemeinden den gleichen Stellenwert haben, ganz gleich wie groß sie sind. Wirklich ärgerlich ist, dass die Direktwahl von Beiräten außer bei der Vertretung der Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, also bei den Ausländer- oder Integrationsbeiräten, nicht erlaubt ist. So wurde in Falkensee nach zehn Jahren die allseits akzeptierte Direktwahl des lokalen Seniorenbeirats von der Kommunalaufsicht untersagt. Eine Beanstandung wegen zu viel Demokratie – das ist niemandem zu vermitteln. Das wollen wir dringend ändern.



(KEIN) LAND IN SICHT?



„Kaufen Sie Land. Es wird keins mehr gemacht.“ Dieser Spruch von Mark Twain ist aktueller denn je. Agrarland ist heute eine weltweit umkämpfte Ressource und Kapitalanlage. Der Wettlauf um den Acker verändert auch Brandenburg. Ein Grund dafür: Unser Bodenmarktrecht ist veraltet und bietet für die heutigen Herausforderungen keine Lösungen. Ein anderer Grund: Die Agrarpolitik Brandenburgs liegt seit 1990 in den Händen der SPD. Und die kennt bis heute nur ein Motto: Groß, größer, am größten. Diese Politik rächt sich: Vor allem die großen märkischen Betriebe stehen auf den Einkaufszetteln der Investoren. Denn über den Kauf von Unternehmensanteilen – sogenannte Share Deals – kommen sie auf einen Schlag steuerfrei an riesige Flächen.

Während Familienbetriebe für den Ackerkauf Grunderwerbssteuer zahlen müssen und behördliche Genehmigungen brauchen, mogeln sich die Investoren durch bestehende Lücken im Steuer- und Bodenrecht. Arbeitsplätze verschwinden, Gewinne werden abgezogen. Das ist ungerecht. Und es gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Dörfer.

Eine Studie des Thünen-Instituts zeigt, dass Brandenburgs Landwirtschaft vor dem Ausverkauf steht. Die Ergebnisse in Kürze: In den Kreisen Märkisch-Oderland und Teltow-Fläming liegen bereits rund 30 Prozent des Agrarlandes in den Händen außerlandwirtschaftlicher Investoren. Jeder vierte Hektar wechselt den Besitzer durch Share Deals vorbei am gültigen Bodenrecht. Seit zehn Jahren explodieren die Bodenpreise. Kein normaler Landwirtschaftsbetrieb, keine Jungbäuerin und kein Jungbauer kann Investoren auf dem Bodenmarkt mehr finanziell Paroli bieten. Schlimmer: Für große Betriebe wird die Übernahme durch außerlandwirtschaftliche Investoren zunehmend die Regel, um den Betrieb an die „nächste Generation“ weiterzugeben. Die Folge: immer größere Betriebe in den Händen weniger Investoren.

Es ist höchste Zeit zu handeln. Unsere Lösungen liegen auf dem Tisch: Den Bodenmarkt wirksam regulieren. Landbesitz nicht grenzenlos belohnen, sondern Agrarsubventionen begrenzen. Lücken im Steuerrecht schließen. Licht ins Dunkel des Bodenmarktes bringen. Mit einer gemeinnützigen Landgesellschaft eine vielfältige und naturverträgliche Landwirtschaft fördern. Die Privatisierung von bundes- und landeseigenem Agrarland stoppen. Am wichtigsten bleibt für uns das Ziel eines breit gestreuten Zugangs zu Grund und Boden. Das ist die entscheidende Grundlage für eine regional verankerte Landwirtschaft – gemacht von Menschen, die vor Ort leben und wirtschaften, die das Dorfleben mitgestalten und die vor Ort ihre Steuern zahlen.

GRÜNE GRAFIK

ÖKOLOGISCHER ZUSTAND UNSERER SEEN

Mehr zum Thema Natur- und Umweltschutz immer ganz aktuell auf unserer Website: gruenlink.de/1g27

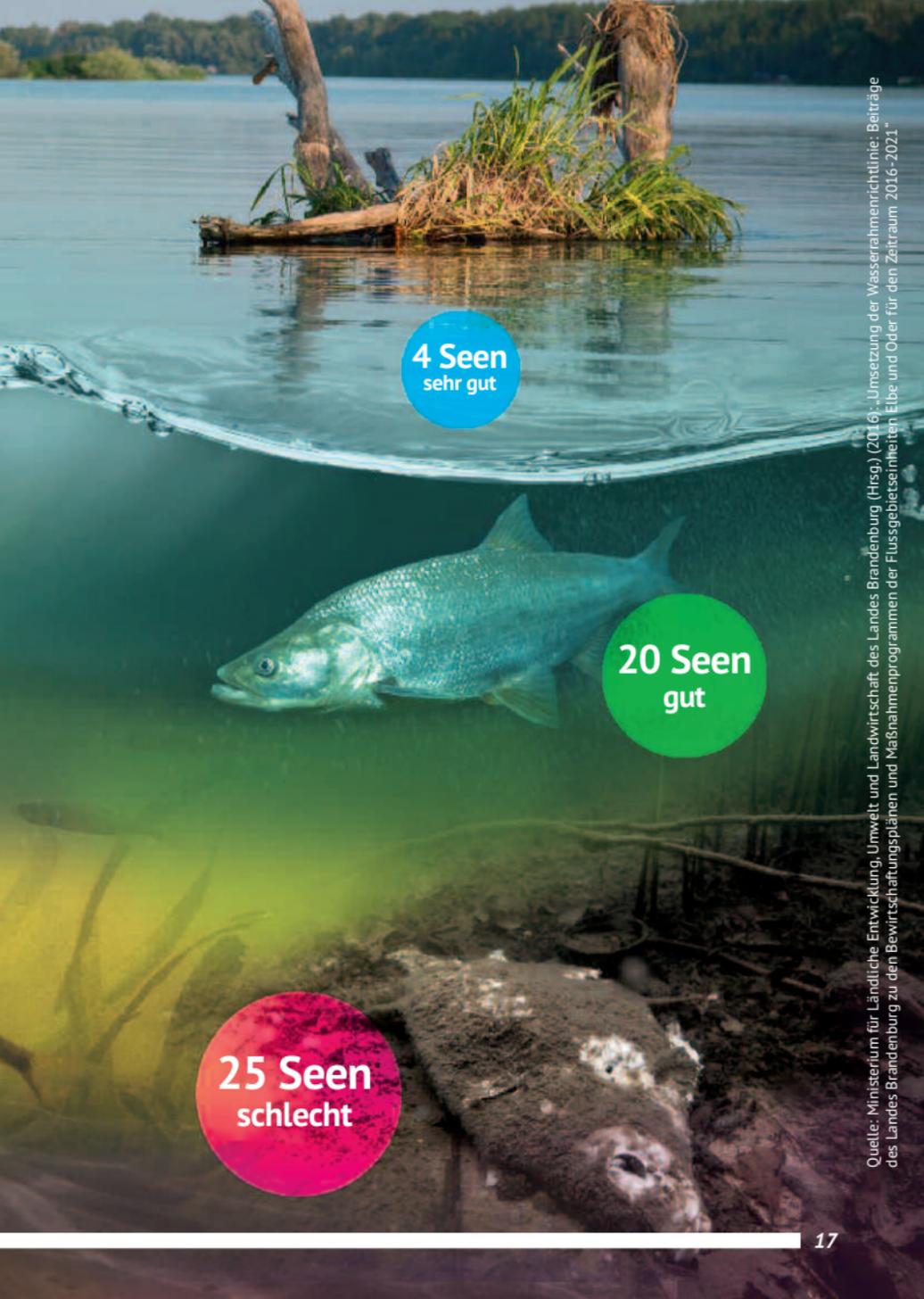


Wie ist es eigentlich um den ökologischen Zustand der märkischen Seen bestellt? Leider gar nicht gut, wie Zahlen des Brandenburger Umweltministeriums belegen: Von den 190 Brandenburger Seen mit einer Wasserfläche von mehr als 50 Hektar sind nur 24 in einem sehr guten oder guten Zustand, der übergroße Rest dagegen in einem mäßigen bis schlechten.

Unsere Fraktion fordert eine gesetzliche Pflicht für sogenannte „Gewässerrandstreifen“ mit zehn Metern Breite. Wo landwirtschaftlich genutzte Flächen an Gewässer stoßen, sind solche Streifen extrem wichtig, weil sie Pestizide und Dünger vom Wasser fernhalten. Sie tragen nicht nur zum Gewässerschutz und zur Artenvielfalt bei, sondern verschönern auch die Landschaft.

64 Seen
unbefriedigend

77 Seen
mäßig



4 Seen
sehr gut

20 Seen
gut

25 Seen
schlecht

ZEIT, DASS SICH WAS DREHT



Sommer, Sonne – ab aufs Fahrrad! Radfahren schützt Umwelt, Klima, Gesundheit und mitunter auch die Nerven – wie jeder weiß, der auf dem Weg zur Arbeit mal wieder in einer Blechlawine feststeckt. Viele Gründe sprechen dafür, dem Fahrrad den roten Teppich auszurollen.

Das sieht die Brandenburger Landesregierung offenbar anders. Sie ist immer noch weit davon entfernt, das Fahrrad als gleichberechtigtes Fahrzeug neben dem Auto zu akzeptieren und zu fördern. Das zeigt nicht zuletzt ihre „Radverkehrsstrategie 2030“. Sie ist aus unserer Sicht in weiten Teilen keine Strategie, sondern eine bloße Beschreibung des – ernüchternden – Istzustandes.

Ähnlich wie beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wurde auch in die Radwege zu lange zu wenig investiert und das bestehende Radwegenetz auf Verschleiß gefahren. Die Quittung dafür wird in den nächsten Jahren kommen: Etwa die Hälfte aller Außerortsradwege an Bundes- und Landesstraßen sind älter als 15 Jahre und in entsprechend schlechtem Zustand.

Nichtsdestotrotz hat Rot-Rot die Mittel für den Erhalt und Neubau von Radwegen an Landesstraßen heruntergefahren. Für 2017 und 2018 sind insgesamt rund 6,3 Millionen Euro vorgesehen. Im Jahr 2018 entspricht das gerade einmal etwas mehr als vier Prozent der Gesamtsumme der Ausgaben für Straßen! Viel zu wenig, um die bestehenden Radwege zu erhalten und notwendige Lückenschlüsse im Wegenetz vorzunehmen. In den Haushaltsverhandlungen haben wir uns für eine Aufstockung stark gemacht – leider erfolglos.



© Katharina Buri/Fraktion

Leidtragende sind RadfahrerInnen, denen nur schlechte oder gar keine Radwege zur Verfügung stehen, PendlerInnen, die mangels Infrastruktur erst gar nicht aufs Rad umsteigen, und TouristInnen, die nur unbequem ans Ziel kommen. Es sollte die Landesregierung zum Nachdenken anregen, dass Brandenburg bei der aktuellen Radreiseanalyse des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC e. V.) auf den sechsten Platz abgerutscht ist.

Unkonkret bleibt die Strategie auch bei der Kooperation mit Berlin, wo nun Schnellradwege geplant werden. Diese gilt es aus unserer Sicht auf Brandenburger Seite sinnvoll weiterzuführen. Wir brauchen mehr Bike&Ride-Parkplätze und die Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) muss ausgebaut werden. Zu begrüßen ist die Ankündigung eines oder einer Radverkehrsbeauftragten. Offen bleibt jedoch die praktische Ausgestaltung der Stelle.

Nicht zuletzt muss die Verkehrssicherheit für RadfahrerInnen in Brandenburg verbessert werden. Wissenschaftliche Studien belegen, dass sehr viele VerkehrsteilnehmerInnen öfter das Rad wählen würden, wenn sie sich nicht um ihre Sicherheit sorgen müssten. Es wird höchste Zeit, dass der Straßenraum gerechter aufgeteilt und dem Radverkehr eine höhere Priorität eingeräumt wird. Zeit, dass sich was dreht!

VIEL WIND UM WINDKRAFT



Es ist keine leichte Aufgabe, den notwendigen Ausbau der Windenergie so menschen- und umweltverträglich wie möglich zu gestalten. Um die Region Berlin-Brandenburg perspektivisch zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien versorgen zu können und zugleich die Flächen für neue Windenergie zu begrenzen, hat die Landesregierung festgelegt, dass auf maximal zwei Prozent der Landesfläche Windanlagen stehen sollen. Die fünf sogenannten „Regionalen Planungsgemeinschaften“ (RPG) entscheiden anhand umfangreicher Kriterienkataloge darüber, wo diese Gebiete jeweils liegen.

In allen Planungsgemeinschaften wurden in den letzten Jahren neue Wind-Pläne auf den Weg gebracht. Als letzte will die RPG Prignitz-Oberhavel im Herbst dieses Jahres ihren Plan beschließen – was sich möglicherweise aber noch einmal verzögern könnte. Grund dafür sind Hinweise auf Planungsfehler. Eine AnwohnerInnen-Initiative kritisiert, dass sich die Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel nicht an die eigenen Regeln halte. Konkret ging es um das Kriterium, dass ein Ort nicht stärker als 180 Grad von Windanlagen umgeben sein dürfe.

In einem „Live-Experiment“ haben wir daraufhin gemeinsam mit AnwohnerInnen des „Windeignungsgebiets 21“ (WEG 21) in der Prignitz den „Ortsschwerpunkt“ des Dorfes Söllenthin ermittelt. Die Messung ergab, dass der Ort zukünftig im Winkel von 191,2 Grad von Windanlagen umgeben sein könnte! Im Zuge weiterer Messungen stellten sich noch mehr Verstöße heraus: Auch das Kriterium, dass „Flächen mit einer Breite unter 300 m nicht dargestellt werden“ sollten, wurde mit Blick auf das WEG 21 nicht eingehalten. Der Regionalplan sollte daher aus unserer Sicht teilweise neu ausgelegt werden.

Klar ist: Akzeptanz für erneuerbare Energien kann nur erreicht werden, wenn man die Einwände aus der Bevölkerung ernst nimmt und sich an seine eigenen Regeln hält. Leider hat es die Landesregierung bislang versäumt, für eine Entschärfung der Windausbau-Debatte zu sorgen. Wir fordern von der Landesregierung einen Energiedialog mit der Bevölkerung: Was bedeuten die Klimaziele von Paris für Brandenburg? Wie viel erneuerbare Energien brauchen wir noch? Wann sollen Kohlekraftwerke abgeschaltet werden?

Die Bilanz von Energieminister Gerber (SPD) in Sachen Akzeptanzverbesserung geht gegen Null. Wir haben zuletzt unter anderem mit Anträgen zur Einrichtung einer Windservicestelle und zum Abschalten des nächtlichen Blinkens von Windrädern zwei Vorschläge auf den Tisch gelegt, die auch im Landesparlament Zustimmung fanden. Nun ist die Landesregierung am Ball und muss endlich liefern.



Unsere energiepolitische Sprecherin Heide Schinowsky bei der Ermittlung des Ortsschwerpunkts von Söllenthin

BRANDENBURG. ES KANN ZU EINFACH SEIN



„Massentierhaltung geht in Brandenburg ganz einfach“, wirbt die Website **es-kann-so-einfach-sein.net**: „Kein anderes Bundesland macht es Investoren der Tierindustrie so einfach wie wir: Lukrative Wirtschaftsstandorte mit zuvorkommenden Behörden und unkomplizierten Genehmigungsverfahren. Eine Landesregierung, die zivilgesellschaftlichen Protest einfach ignoriert. Eine Bevölkerung, die einfach mitmacht. Lieben Sie Brandenburg, es kann so einfach sein.“

Als die Website – gestaltet in den Farben der Landesregierung, den neuen Image-Slogan des Landes nutzend – im April online ging, waren sich viele BesucherInnen kurz unsicher, ob dahinter wirklich die rot-rote Landesregierung steckt. Zwar war schnell klar: Es handelt sich um Satire, erstellt hat die Seite der „Aufstand gegen Massentierhaltung“, ein Bündnis aus Personen und BürgerInnen-Initiativen.

Dennoch ist es erschreckend, dass einige die Website auch nur einen Moment lang dem Ministerium um Landwirtschaftsminister Vogelsänger (SPD) zuschrieben. Aus unserer Sicht aber auch nicht weiter verwunderlich – viel zu häufig wird der Massentierhaltung in Brandenburg der rote Teppich ausgerollt. Viel zu oft wird es der Fleischindustrie hierzulande zu einfach gemacht.



Beispiel Haßleben: Die Genehmigung für die Schweinemastanlage mit 37.000 Mastplätzen in der Uckermark hätte gar nicht erst erteilt werden dürfen, weil sie den Wasserzustand des nahen, im Schutzgebiet liegenden Kuhzer Sees bedroht. Dass der See als besonders stickstoffempfindlicher Lebensraum gilt und daher besonderen Schutzbedarf genießt, war dem zuständigen Landesamt für Umwelt bereits zum Zeitpunkt der Genehmigung 2013 bekannt. Erst nachdem UmweltaktivistInnen und TierschützerInnen gegen das Landesumweltamt klagten, hob das Verwaltungsgericht Potsdam 2017 die Genehmigung auf. Dagegen hat der Investor einen Antrag auf Berufung gestellt.

Beispiel Wiesenhof: Im Wiesenhof-Geflügelschlachthof in Niederlehme (Dahme-Spreewald) wurden Fakten geschaffen: Obwohl es keine Genehmigung dafür gibt, schlachtete das Unternehmen 160.000 Tiere täglich – statt der genehmigten 120.000. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erließ eine Teilstilllegung, nachdem die BürgerInnen-Initiative vor Ort und unsere Fraktion die ungenehmigte Kapazitätserweiterung publik gemacht hatten. Ein wichtiger Teilerfolg mit Signalwirkung: Auch ein Unternehmen wie Wiesenhof muss sich an die für alle geltenden Normen des Genehmigungsrechts halten.

Wir werden, gemeinsam mit vielen BürgerInnen vor Ort, weiterhin gegen Tierfabriken kämpfen – und dafür, dass auch die großen Firmen sich an geltendes Recht halten müssen.

„UNGERECHTIGKEITEN NICHT EINFACH HINNEHMEN“



Die ehemalige Landesvorsitzende der Brandenburger Grünen Ska Keller wurde 2009 erstmals ins Europaparlament gewählt. Inzwischen ist sie dort Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA. Die gebürtige Brandenburgerin hat mit uns über ihre Arbeit gesprochen.

Welche Brandenburger Themen beackerst du im Europaparlament?

Ganz wichtig: Kohleausstieg und Strukturwandel. Wir haben die EU-Kommission davon überzeugt, dass sie das Thema ernst nehmen muss und es nicht nur den Mitgliedstaaten überlassen darf. Sie organisiert mittlerweile regelmäßige Treffen der europäischen Kohleregionen. Wir wollen, dass die EU diese Regionen gezielt mit Fördermitteln beim Strukturwandel unterstützt. Dazu haben wir eine Studie gemacht und wollen das für den neuen EU-Haushalt durchsetzen.

Was steht in nächster Zeit an?

Vor allem die Neuregelung der EU-Fördermittel für die Zeit nach 2020. Beim EU-Landwirtschaftsfonds wird es zu großen Veränderungen kommen, da kommt einiges auf Brandenburg zu. Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass die EU-Agrarförderung in erster Linie in die Entwicklung des ländlichen Raums und in den Naturschutz fließt und so allen zugutekommt. Ganz aktuell ist auch das Thema Plastikmüll. Plastik ist eine der größten Umweltsünden unserer Zeit. Es ist richtig, dass die Kommission einige Einwegprodukte verbieten und eine Steuer auf Plastikproduktion einführen will. Aber das ist nicht genug. Wir brauchen verbindliche Ziele gegen Plastikmüll und ein Verbot von gesundheitsgefährdenden Inhaltsstoffen wie Weichmachern und hormonverändernden Substanzen wie Bisphenol A.

Was motiviert dich dazu, dich politisch zu engagieren?

Ich kann einfach nicht hinnehmen, wenn Ungerechtigkeiten passieren und Menschen diskriminiert werden oder wenn Wirtschaftsinteressen wichtiger sind als die Menschen oder die Natur. Wir müssen in der EU dringend bessere Antworten auf die Ängste der Menschen vor der Globalisierung finden. Zum Beispiel müssen wir Steuerschlupflöcher konsequent schließen. Wir brauchen auch dringend eine Digitalsteuer, damit auch globale Digitalriesen wie Apple endlich ihren gerechten Steueranteil bezahlen. Es ist erschreckend, dass in Europa mehr und mehr Rechtsaußen-Parteien regieren.

Sie gefährden Rechtsstaatlichkeit, BürgerInnenrechte und einfach Menschlichkeit – Dinge, die Europa immer stark gemacht haben. Ich halte nichts davon, Demokratiesünden das EU-Geld zu streichen – das trifft die Falschen. Aber ich bin dafür, dass wir solchen Regierungen die Verfügung über die Mittel entziehen und dass die EU-Kommission sie stattdessen selbst verwaltet und verteilt.

Was bedeutet Europa für dich?

Europa steht für mich für unsere gemeinsamen europäischen Werte. Demokratie, Bürgerrechte, Solidarität, ein friedliches Miteinander – das ist für mich Europa. Die EU ist gegründet worden, um Nationalismus zu überwinden. Ich werde als Europaabgeordnete alles dafür tun, dass wir diese Erfolge nicht preisgeben. Die EU ist alles andere als perfekt. Aber es lohnt sich, für sie zu kämpfen und sie zu verbessern.



Ska Keller, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament

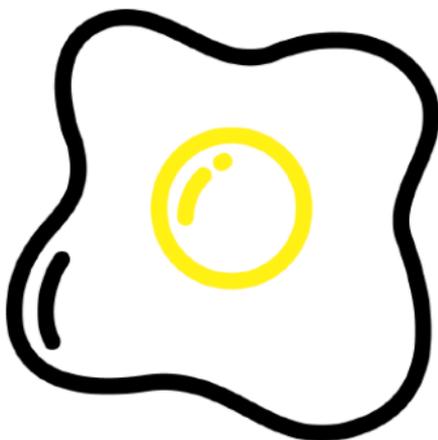
WO BIO DRAUFSTEHT, MUSS AUCH BIO DRIN SEIN!



Wie viele Bio-Legehennen dürfen in einem Stallgebäude gehalten werden? Geht es nach dem Brandenburger Landwirtschaftsministerium, sind unbegrenzt viele Stallabteile mit jeweils 3.000 Tieren zulässig. Das ergab eine unserer parlamentarischen

Anfragen. Und das, obwohl die EU-Kommission im März verdeutlicht hat, dass die Obergrenze von 3.000 Legehennen auch für das Gebäude gilt!

Wir setzen uns klar für die Bio-Haltung von Legehennen in Brandenburg ein. Diese muss jedoch auch den Vorgaben entsprechen. VerbraucherInnen müssen beim Kauf von Bio-Eiern sichergehen können, dass nicht nur die Vorgaben zur Fütterung oder zum Platzangebot eingehalten werden, sondern dass auch die Anzahl der gehaltenen Tiere berücksichtigt wird – und damit auch genug Platz für Auslauf.



GRÜNES GERICHT

BLAUBEER-EIERKUCHEN

NICHT SCHON ALLES VORHER NASCHEN!

Zutaten für 4 Personen

250 g Heidelbeeren, 4 Eier, 100 ml Milch, 4 EL Buchweizenmehl,
eine Prise Salz, Bratöl, Ahornsirup

Zubereitung

Eier, Milch, Mehl und Salz zu einem glatten Teig verquirlen und ein Drittel der Heidelbeeren dazugeben. In einer Pfanne im Öl von beiden Seiten goldbraun braten. Auf Teller geben, mit Ahornsirup nach Geschmack süßen und mit den restlichen frischen Heidelbeeren servieren.

Wie kleine blaue Sputniks schwimmen die Blaubeeren im Teig: Das sieht lustig aus und ist geschmacklich ein Aha-Erlebnis. Denn nicht die homogene Masse schmeckt am besten, sondern die spannende Abwechslung zwischen dem knusprig gebackenen Teig und den blauen, fruchtig-säuerlichen Inselchen!

„Braune Spree“ : Volles Haus beim Fachgespräch

Die Verockerung der Spree und ihre Folgen treffen nach wie vor einen Nerv der Menschen in der Region. Das bewies der bis auf den letzten Platz gefüllte Veranstaltungssaal bei unserem Fachgespräch zur „Braunen Spree“ in Schloss Lübbenau. Der Fluss und seine Zuflüsse leiden schon seit Jahren unter einer Braunfärbung und der Ablagerung von Eisenockerschlämmen. Unter der provokanten Frage „Stillstand bis zum Gesamtplan?“ hatten wir VertreterInnen des Bergbausanierers LMBV, des Landesbergamtes, des Aktionsbündnisses „Klare Spree“ und des Umweltverbandes BUND zum Austausch geladen. Einig waren sich an diesem Abend alle, dass es keinen echten Stillstand gibt. Dissens gab es jedoch über die Methoden und den Zeitplan. Deshalb machen wir weiter Druck! Veranstaltungs-Nachlese unter gruenlink.de/1g3r

GRÜNE TERMINE

- **Wir beim Landesfest**

Am 25. und 26. August findet in Wittenberge der Brandenburg-Tag statt. Besuchen Sie unseren Fraktionsstand und treffen Sie unsere Abgeordneten! Weitere Infos unter landesfest.de

- **Sommertouren unserer Abgeordneten**

Unsere Abgeordneten nutzen auch in diesem Jahr die sitzungsfreie Sommerzeit, um Kontakte zu BürgerInnen, Initiativen und Unternehmen zu pflegen und Projekte und Einrichtungen vor Ort zu besuchen. Wer wann wo ist, steht hier: gruenlink.de/1gcp

- **Plastiktüten & Coffee-to-go-Becher im Bild**

Auf unserem Flur im Landtag zeigen wir noch bis Ende August eine Ausstellung der Stiftung Naturschutz Berlin mit Karikaturen rund um das Thema (Plastik-)Müll. Wir freuen uns über BesucherInnen!

Das letzte Wort hat ...

” Was mit dem Einzelhandel durch Amazon und andere Online-Händler passiert ist, darf mit unserer Medienlandschaft nicht geschehen. Zwar kann man nicht erwarten, dass die Wucht der Digitalisierung an den Medien vorbeigeht. Doch schleichend führt sie dazu, dass Meinungsvielfalt und kritische Berichterstattung leiden.“

Marie Luise von Halem

Medienpolitische Sprecherin
mlhalem@gruene-fraktion.brandenburg.de

” Ziel muss es sein, den Flugverkehr am Standort Schönefeld auf das ursprünglich geplante Maß zu beschränken, statt kritiklos einer ungebremsten Wachstumseuphorie anzuhängen.“

Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

” Parteien, die keine Frauen als Kandidatinnen aufstellen, verhindern, dass Frauen in unsere Parlamente gewählt werden. Ohne paritätisch besetzte Parlamente und wirksame Gesetze, die Gleichberechtigung gewährleisten, gibt es keine gleichberechtigte Gesellschaft.“

Ursula Nonnemacher

Fraktionsvorsitzende
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Wir müssen alle Energie auf die Beantwortung der Frage verwenden, wie wir mit den ‚Problemwölfen‘ umgehen, und dürfen keine Phantomdebatte über eine Obergrenze führen, die rechtlich sowieso nicht zulässig ist.“

Benjamin Raschke

Umweltpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-
fraktion.brandenburg.de

„Die Menschen, aber auch die Wirtschaft in der Lausitz stehen in den Startlöchern. Aber bis heute weiß niemand, wohin die Reise eigentlich gehen soll, geschweige denn, wo Ideen, Projekte oder Vorhaben eingespeist werden könnten. Brandenburg könnte hier vorangehen. Unser Vorschlag dafür liegt auf dem Tisch.“

Heide Schinowsky

Wirtschaftspolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.
brandenburg.de



„Angesichts der massiven Zunahme von Lkw-Unfällen ist es absolut unverständlich, dass die Landesregierung die jährlichen Lkw-Kontrollen seit 2009 halbiert hat. Und warum die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene nicht mit aller Ernsthaftigkeit betrieben wird. Hier muss dringend umgesteuert werden.“

Michael Jungclaus

Verkehrspolitischer Sprecher
michael.jungclaus@gruene-fraktion.
brandenburg.de



DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Klein, aber oho: Unsere Fraktionszeitung brandGRÜN ist randvoll mit Neuigkeiten über unsere Arbeit im Brandenburger Landtag. Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frech und handlich sein, nah an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN viermal im Jahr kostenlos nach Hause bekommen möchte, bestellt sie hier: www.brandgruen.de



Wer brandGRÜN online lesen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Wer uns die Meinung sagen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

Diese Veröffentlichung informiert über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Katharina Buri
Titelbild: © Kristina Heldmann/ZITRUSBLAU
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com